

ZU DIESEM HEFT	197	ADB-FORUM	
SCHWERPUNKT		<i>Helle Becker</i>	
<i>Paul Ciupke</i>		Forschung für die Praxis?	
Zwischen Theorie und Praxis		Empirische Ergebnisse zu Teilnehmenden	
Beobachtungen und Anmerkungen zu		und Wirkungen politischer Jugendbildung	256
Orientierungssystemen, Autonomie und Be-			
wegungsbezug in der außerschulischen po-	198	ADB-JAHRESTHEMA	
litischen Bildung		<i>Karsten Matthis</i>	
<i>Klaus-Peter Hufer</i>		„Standort Deutschland – Wohlstand für	
Politische Erwachsenenbildung – zur Ge-		alle?“	
schichte ihrer Ideen und Konjunkturen	206	Ein Seminar des Arbeitnehmer-Zentrums	
<i>Joachim Klose</i>		Königswinter (AZK)	264
„Vom Wissen der Bildung“	218	ARBEITSHILFEN UND METHODEN	
<i>Helmut Bremer/Mark Kleemann-Göhring</i>		<i>Christian Roth</i>	
Demokratiepädagogik oder politische Bil-		Energiesicherheit in Europa	
dung: Gegensatz oder falsche Alternative?	226	Ein Planspiel über Ressourcenkonflikte	267
<i>Astrid Messerschmidt</i>		INFORMATIONEN	
Differenzverhältnisse		Meldungen	273
Ansätze zur Kritik von Geschlechterordnun-	234	Aus dem AdB	286
gen und Impulse für die politische Bildung		Personalien	292
<i>Thomas Gill</i>		Bücher	294
Zur Aktualität Kurt Löwensteins für die po-	242	Markt	308
litische Jugendbildung		IMPRESSUM	313
<i>Martin Allespach/Lothar Wentzel</i>			
Subjektorientierung und kritische Psycho-	249		
logie – neue Ansätze in der gewerkschaft-			
lichen Bildungsarbeit			

**Thema des nächsten Heftes:
Jugendleben, Jugendpolitik, Jugendbildung**



Der Versuch, Beobachtungen der Realität zu systematisieren und zu interpretieren, kann als die elementarste Form von Theoriebildung bezeichnet werden. Eine Theorie kann allerdings von Aussagen über einen Ausschnitt von Alltagswirklichkeit bis hin zu ausformulierten Erklärungsmodellen reichen, die

sich auf ganze Epochen oder Gesellschaften, Teilgebiete von Wissenschaften oder die Entstehung der Welt beziehen. Auch im Bereich der Politik, der nicht nur geprägt ist von miteinander konkurrierenden Interessen, sondern auch von verschiedenen Interpretationen gesellschaftlicher Wirklichkeit und Weltanschauungen, sind Theorien wichtige Voraussetzungen für politisches Handeln. Sie prägen politische Zielsetzungen und finden in den Programmen von Parteien ihren Niederschlag. Da kann aus einer Theorie allerdings auch schnell mal eine Ideologie werden.

In der außerschulischen politischen Bildung haben politische Theorien als Grundlage für inhaltliche Orientierung und Angebotsgestaltung ihre frühere Bedeutung eingebüßt. Man bekennt sich kaum noch zu einer bestimmten „Denkschule“, bei der Entscheidung über das Programm sind längst schon andere Kriterien wirkungsmächtig. Das Thema unseres Heftes mutet daher zunächst ein wenig unzeitgemäß an.

Paul Ciupke beschreibt in seinem Beitrag die aktuelle gegenseitige Ignoranz zwischen Theorie und Praxis politischer Bildung und sucht nach den Ursachen für den gleichzeitigen Mangel an theoretischer

Orientierung wie an Interesse für die Belange der Bildungspraxis. In welchem Maße die politische Bildung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von den großen gesellschaftlichen Debatten einst beeinflusst wurde, welche Impulse und Anregungen sie didaktischen Ansätzen, wissenschaftlichen Erkenntnissen zu historischen, gesellschaftlichen und politischen, schließlich auch ökologischen Entwicklungen verdankte, stellt an herausragenden Beispielen Klaus-Peter Hufer dar. Joachim Klose mahnt ein Verständnis von Bildung an, das uns beim Versuch der Indienstnahme des Bildungsbereichs für ökonomische Zwecke abhandeln zu kommen droht. Von der Relevanz theoretischer Auseinandersetzungen für die didaktische Umsetzung in der Bildungspraxis handelt der Beitrag von Helmut Bremer und Mark Kleemann-Göhring. Astrid Messerschmidt, Thomas Gill und Martin Allespach mit Lothar Wentzel machen in ihren Beiträgen deutlich, wo in Feldern der politischen Bildung auch heute noch der Zusammenhang zwischen Theorie und Praxis durchaus besteht, wie sich die Praxis politischer Bildung auf Theorien in sehr unterschiedlichen Wissenschaftsbereichen bezieht und sich mit ihnen verändert.

Es ist also durchaus an der Zeit, sich wieder einmal stärker mit den für die eigene Arbeit grundlegenden wissenschaftlichen Entwicklungen zu befassen und danach zu fragen, welche Antworten sie auf die Fragen der Praxis geben könnten. Dazu soll dieses Heft anregen. Dass auch die Bezugswissenschaften politischer Bildung vom regeren Austausch mit der Bildungspraxis profitieren könnten, wird dabei unterstellt.

Ingeborg Pistohl

Zwischen Theorie und Praxis

Beobachtungen und Anmerkungen zu Orientierungssystemen, Autonomie und Bewegungsbezug in der außerschulischen politischen Bildung

Paul Ciupke

Das Verhältnis zwischen Theorie und Praxis der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung hat sich abgekühlt, die früher gegenseitig gehegten hohen Erwartungen sind eher einer Haltung der Distanz gewichen. Zur Unübersichtlichkeit trägt unter anderem auch die neue Vielzahl von disziplinären Bezügen bei. Zudem zeigt sich, dass fast alle theoretischen Rahmungen und Grundlegungen von den Vorgaben der aktuellen Weiterbildungspolitik und ihren bestimmenden Akteuren in Administration und Politik eingeholt und beeinflusst werden. Daher gibt es heute kein unbefangenes Verhältnis von Theorie und Praxis mehr.

War in der Profession und Disziplin der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung¹ früher alles besser? Manchmal könnte es so scheinen – nicht nur angesichts der materiellen Sorgen, die das Feld ständig plagen, sondern auch des in mancherlei Hinsicht verkümmerten Verhältnisses wegen, das mittlerweile Theoretiker und Praktiker der politischen Bildung miteinander pflegen. Theorien der politischen Bildung – gibt es die noch? Oder dominieren nicht vielmehr jene Konstrukte begrenzter Reichweite das den Alltag steuernde Bewusstsein der Praktiker wie das der Theoretiker, die nicht leugnen können, dass sie sich den Vorgaben der Bildungspolitik und

In der Praxis empfindet man das Feld der Wissenschaft als zunehmend selbstreferentiell

und Erwachsenenbildung überhaupt noch an Theorien und wissenschaftlichen Forschungsergebnissen interessiert oder längst gefangen in einem Dienstleistungsverständnis, das Theorien eher als Ansinnen und den Alltag störend und im Übrigen die realen Problemlagen verfehlend wahrnimmt? Eine gewisse Entfremdung und zunehmende Separierung sind durchaus zu spüren. Auf Seiten der Praxis empfindet man – vielleicht auch nicht ganz unbegründet – das Feld der Wissenschaft als zunehmend selbstreferentiell. Das ist nicht nur an manchen wenig nachvollziehbaren Schleifen theoretischer Vergewisserungsprozeduren ablesbar, sondern auch den heutigen personellen Rekrutierungsprozessen geschuldet. Früher wechselten nicht wenige Praktiker in die Hochschule und entwickelten vor dem Hintergrund ihrer im Bildungsbereich gewonne-

nen Professionalität die Disziplin weiter. Auch wenn es heute immer noch angesehene schreibende und lehrende Praktiker und einige aus der Praxis kommende Hochschullehrer gibt – dieser Berufs- und Karriereweg ist nicht mehr der Normalfall, sondern die Ausnahme.

Weiterbildung und damit auch die politische Jugend- und Erwachsenenbildung stehen aber auch unter Dauerbeobachtung seitens der Administration und der Politik: Eine Evaluation löst die nächste ab und man nimmt auf Seiten der Praxis die wissenschaftlichen Evaluatoren nicht immer nur als Verbündete wahr, sondern mitunter auch als Erfüllungsgehilfen einer die wirklichen Problemlagen verkennenden, aber nach Steuerung und permanenter Innovation verlangenden Politik.

Politik und Administration haben mit Eingriffen und speziellen Förderprogrammen die Lenkung und Orientierung des Feldes politischer Bildung längst übernommen

Umgekehrt finden sich gerade unter den kritischen Wissenschaftlern manche, die der Praxis den täglichen Verrat an den Idealen und Normen einer an differenzierter politischer Urteilsfähigkeit und nachhaltiger Gesellschaftskritik orientierten politischen Bildung vorwerfen. Solchen Diagnosen ist zumindest der Umstand entgegenzuhalten, dass Politik und Administration mit einer Vielzahl von harten wie auch weichen Eingriffen und speziellen Förderprogrammen die Lenkung und Orientierung des Feldes längst übernommen haben, so dass zur Wahrung der beruflichen wie der institutionellen Existenz das ständige Austarieren tagespolitischer Anforderungen und ein entsprechendes Entgegenkommen unausweichlich sind. Theorien spielen in dieser Situation eine nachgeordnete Rolle. Das strukturelle Einwirkungspotenzial der Nachfrager politischer Bildung sollte auch noch erwähnt, es kann hier aber nicht weiter erörtert werden.

Politische Jugend- und Erwachsenenbildner/-innen müssen heute nicht nur eine an theoretischen Leitgedanken, professionellen Grundsätzen und demokratischen Normen ausgerichtete Praxis zum Gelingen bringen; sie sind gleichzeitig immer auch ihre eigenen Legitimationsbeschaffer und Sicherer ständig gefährdeter und umkämpfter finanzieller Ressourcen. Und die besondere Verfassung der außerschulischen Bildung, die bisher idealtypisch umschrieben werden kann als die Anwesenheit von drei Freiheiten, nämlich der institutionellen Unabhängigkeit, der Freiheit der Lehre durch Abwesenheit von Lehrplänen und schließlich der Freiheit der Teilnahme, muss ständig verteidigt werden und droht doch allmählich verloren zu gehen.

1 Mit Profession ist das praktische Feld der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung gemeint und mit Disziplin die Wissenschaft, wobei in Wirklichkeit von einer Vielfalt von Bezugswissenschaften zu sprechen ist.

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

CIVITAS
INITIATIV GEGEN RECHTSEXTREMISMUS IN DEN NEUEN BUNDESLÄNDERN

entimon
gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus

Xenos
Leben und Arbeiten in Vielfalt

kompetent. für Demokratie
Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus

VIELFALT TUT GUT.
JUGEND FÜR VIELFALT, TOLERANZ UND DEMOKRATIE.

Collage: Ivonne Meißner

Das Feld politische Bildung wird mit speziellen Förderprogrammen von der Politik bestellt

Wissenschaftliche Bezüge der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung

Zu den Rahmenbedingungen der Profession gehören die Komplexität des Feldes politischer Bildung und die entsprechende Vielfalt disziplinärer Bezüge. Politische Bildner/-innen verfügen über sehr unterschiedliche Ausbildungen und entsprechende Selbstverständnisse: In der Mehrzahl weisen sie zwar pädagogische, sozial- oder politikwissenschaftliche Studienabschlüsse auf, es gibt jedoch auch etliche Historiker, Wirtschaftswissenschaftler, Philosophen, Theologen, Juristen, Ethnologen, Kultur- und Sprachwissenschaftler, die es in die politische Bildung verschlagen hat. Das hängt sicher auch mit der Eigenart der Trägerlandschaft zusammen, deren institutionelle Autonomien ganz unterschiedliche inhaltliche Profile und Selbstbeauftragungen ermöglichen.

Auf jeden Fall haben wir es mit drei zentralen Bezugswissenschaften zu tun als da sind:

- Die Erziehungswissenschaften und – noch mal untergliedert – im Besonderen die Sozialpädagogik, die für große Bereiche der außerschulischen Jugendbildung grundlegend ist, und die Erwachsenenbildungswissenschaft. Sie gruppieren sich um Fragen der Bildungs- und Sozialisa-

tionstheorie und stellen die Teilnehmerorientierung in den Mittelpunkt ihrer didaktischen Überlegungen. Sie konzentrieren ihren Blick auf die Teilnehmenden oder Subjekte.

- Die Politikwissenschaften, die auf der einen Seite die Zuständigkeit für viele Themen politischer Bildung beanspruchen und im Subbereich der Politikdidaktik das Überwältigungsverbot und damit den demokratischen Pluralismus betonen.
- Schließlich die Sozialwissenschaften, die mit rahmenden Gesellschafts- und Zeitdiagnosen nach dem sozialen und gesellschaftlichen Sinn von Weiterbildung fragen und im Besonderen Probleme der Bildungsgerechtigkeit ansprechen.

Darüber hinaus bieten – angetrieben durch die Erinnerungskultur und die nicht nur für Zwecke des Gedenkens, sondern auch für die politische Bildung genutzte Gedenkstättenlandschaft – die Geschichtsdidaktik und Gedenkstättenpädagogik sehr viel Anregungspotenzial für Lernarrangements in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Die politische Jugendbildung hat auch immer noch eine Nähe zur offenen Jugendarbeit und zur kulturellen Bildung, die die Vermutung, gänzlich unpolitisch zu sein, weit von sich weisen. Diese Beispiele müssen hier ausreichen, um zu dokumentieren,

Es gibt einen großen praktischen und theoretischen Beziehungsreichtum und viele Wahlverwandtschaften

dass es einen großen praktischen und theoretischen Beziehungsreichtum und viele Wahlverwandtschaften gibt, die nicht nur als belastende

Komplexität oder wissenschaftliche Unübersichtlichkeit ausgelegt werden müssten, sondern als Chance und Füllhorn theoretischer Phantasie. Die Perspektivenvielfalt, die als Qualitätsmerkmal politischer Bildung gilt, sollte auch in der Wissenschaft als Bereicherung begrüßt werden. Theorien aus einem Guss, Ansätze, die alles erklären und subsumieren wollen, haben sich ohnehin historisch blamiert, so dass heute ein fröhlicher und produktiver Eklektizismus herrschen könnte, wenn die oben genannten Disziplinen sich nicht immer noch größtenteils ignorieren oder sogar heftig bekämpfen würden. Das Konkurrenzdenken und der Habitus der Abgrenzung bestimmen immer noch in weiten Teilen die Diskurse. So wurde z. B. die bundesweite Evaluationsstudie zur politischen Erwachsenenbildung von vielen Politikwissenschaftlern skeptisch beurteilt, weil sie von Dresdener Sozialpädagogen erarbeitet worden war.² Und die Vehemenz, mit der – von außen betrachtet – manche in ihren Positionen gar nicht voneinander so weit entfernte Theoretiker der politischen Bildung sich mitunter befehden und Ausschließlichkeitsansprüche erheben, bleibt befremdlich.

Die Politikdidaktik wird nach wie vor von Politikwissenschaftlern als die Leitwissenschaft beschrieben, die mit ihren Fragen und Koordinaten die Ordnung und Integration verschiedener weiterer Bezugswissenschaften verbürgt.³ Es stellt sich aber die Frage, ob ein solcher Vorschlag oder Hegemonialanspruch nicht in erster Linie den Regeln des akademischen Wettbewerbs und den Reproduktionszwängen wissenschaftlicher Reputation folgt, als dass hier unhintergehbare wissenschaftliche Orientierungs- und Erkenntnisfortschritte formuliert würden. Es sei zugegeben, dass die Schroffheiten deutlich abgenommen und Politikwissenschaftler wie *Klaus-Peter Hufer* und *Wolfgang Sander* z. B. sich nicht nur gegenüber den bildungswissenschaftlichen Diskursen geöffnet, sondern auch mancherlei davon angenommen und weiterentwickelt haben. Interdisziplinäres Arbeiten ist also gefragt,

2 Karsten Fritz/Katharina Maier/Lothar Böhnisch: Politische Erwachsenenbildung. Trendbericht zur empirischen Wirklichkeit der politischen Bildungsarbeit in Deutschland, Weinheim und München 2006.

3 So z. B. *Peter Massing*: Bezugswissenschaften, in: *Weißeno, Georg u. a.* (Hrsg.): Wörterbuch Politische Bildung, Schwalbach/Ts. 2007, S. 30 ff.

eine Art theoretische Einheit der Wissenschaft aber nicht wirklich erforderlich.

Es gibt aber noch eine weitere Perspektive: In der Angebotsentwicklung waren die Praktiker, d. h. die Studienleiter, hauptberuflichen Pädagogen und

In der Angebotsentwicklung war man immer schnell in der Adaption aktueller soziologischer und politischer Zeitdiagnosen

Seminarverantwortlichen immer schnell in der Adaption aktueller soziologischer und politischer Zeitdiagnosen. Das ist ablesbar an den wechselnden Leitbegriffen, die man benutzt und an denen man sich abarbeitet: Risikogesellschaft, Wissensgesellschaft, Einwanderungsgesellschaft, Mediengesellschaft oder globalisierte Gesellschaft sind nur einige dieser „Firmenschilder“, die in der politischen Bildung deshalb sofort aufgegriffen werden, weil sich mit ihnen demonstrieren lässt, dass man auf der Höhe der Diskussionen und der Zeit ist. Dabei ist es inzwischen unerheblich, ob es sich um Mediendiskurse oder gediegene wissenschaftliche Paradigmen handelt. Der ständige Zwang, gegenüber Administration und Politik die Arbeit und die institutionelle Existenz zu legitimieren und Innovationsbereitschaft zu zeigen, führt zu einem wiederholten Kurzschluss von aktuellen gesellschaftlichen Problemlagen und dem Auftrag politischer Bildung. Dieses Reaktionsmuster ist durchaus problematisch, weil es die eigenen langfristigen Grundlagen entwertet.

Unpolitische politische Bildung? Oder: Bewegungsorientierung versus Professionalität

Anfang der 1960er Jahre begann mit dem Abschied von der Begegnung und dem Gespräch als dem wesentlichen Medium der Bildung und damit auch vom „Jargon der Eigentlichkeit“ der Prozess der Verwissenschaftlichung politischer Jugend- und Erwachsenenbildung, der anschließend in den 70er Jahren in oft weitreichende Planungseuphorien und Steuerungsphantasien, was mit politischer Bildung alles zu erreichen sei, mündete. Die Protestbewegung 1968 und die sozialen Bewegungen gaben der politischen Bildung weiteren An Schub, so dass eine enge Beziehung von fundamentaler Gesellschaftskritik und politischer Bildung in vielen Krei-

Eine enge Beziehung von fundamentaler Gesellschaftskritik und politischer Bildung galt in vielen Kreisen als selbstverständlich

sen als selbstverständlich galt. Der *Beutelsbacher Konsens* war deshalb auch ein vor allem von liberaler und konservativer Seite angeregter Einhegungsversuch und ein

Ansatz, durch die Etablierung professioneller Grundsätze wie dem Kontroversitäts- und Überwältigungsgebot Grenzen zu definieren.

Wer in die Geschichte der Erwachsenenbildung schaut, wird schnell entdecken, dass soziale Bewegungen und Bildungsaktivitäten zumeist ein Paar bilden: Die SPD etwa hat als Arbeiterbildungsverein angefangen, und ebenso sind die katholischen Sozialverbände und protestantischen Selbstorganisationen als Bildungsvereine entwickelt worden. Heute wird wiederholt auf die globalisierungskritische Bewegung verwiesen als Gefährtin und Bezugspunkt einer repolitisierten Bildungsarbeit. Das gerade erschienene Handbuch „Kritische politische Bildung“ versucht eine theoretische Bestandsaufnahme unter anderem in dieser Perspektive.⁴

Aber auch im Verhältnis von sozialer Bewegung und politischer Bildung hat man mit der Beschränkung von Handlungsorientierungen und etwa dem Gebot, dass Veranstaltungen öffentlich und nicht in einem nur internen Kreis stattfinden sollen, Schranken gesetzt. Heute wird über die Möglichkeit, auch politische Aktionen in das Bildungsgeschehen einzubinden, neu diskutiert, der Leiter der Bundeszentrale, Thomas Krüger, hat sich z. B. befürwortend zu Wort gemeldet (während seine Tagungsbeobachter/-innen weiterhin den gewünschten Ausschluss politischer Aktion auf ihrer Checkliste haben). *Benedikt Widmaier* kritisierte jüngst wiederholt, dass die politische Bildung zu unpolitisch geworden und die Trennung von Bildung und Partizipation nicht mehr zeitgemäß sei.⁵ Im Umkreis von *Attac* und anderen globalisierungs- und umweltkritischen Initiativen wird ebenfalls ein Lernen in Kampagnen propagiert und ausprobiert.

Aber auch im Verhältnis von sozialer Bewegung und politischer Bildung hat man mit der Beschränkung von Handlungsorientierungen und etwa dem Gebot, dass Veranstaltungen öffentlich und nicht in einem nur internen Kreis stattfinden sollen, Schranken gesetzt. Heute wird über die Möglichkeit, auch politische Aktionen in das Bildungsgeschehen einzubinden, neu diskutiert, der Leiter der Bundeszentrale, Thomas Krüger, hat sich z. B. befürwortend zu Wort gemeldet (während seine Tagungsbeobachter/-innen weiterhin den gewünschten Ausschluss politischer Aktion auf ihrer Checkliste haben). *Benedikt Widmaier* kritisierte jüngst wiederholt, dass die politische Bildung zu unpolitisch geworden und die Trennung von Bildung und Partizipation nicht mehr zeitgemäß sei.⁵ Im Umkreis von *Attac* und anderen globalisierungs- und umweltkritischen Initiativen wird ebenfalls ein Lernen in Kampagnen propagiert und ausprobiert.

4 *Bettina Löschl/Andreas Thimmel* (Hrsg.): *Kritische politische Bildung. Ein Handbuch*, Schwalbach/Ts. 2010, paradigmatisch darin der Beitrag von *Gerd Steffens*: Braucht kritisch-emanzipatorische Bildung heute eine Neubegründung? Politische Bildung zwischen Selbstgenügsamkeit und Globalisierungskrise.

5 *Benedikt Widmaier*: „Die beste politische Bildung ist praktische Politik.“ *Politische Bildung und politische Aktion*, in: *Praxis Politische Bildung*, 3/2009, S. 165-172



Globalisierte Gesellschaft als Leitbegriff politischer Bildung

Ist der Mainstream der politischen Bildung heute zu unpolitisch, zu affirmativ, zu passiv und von der realen Politik abgewandt? Wenn man die Entwicklung der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung nach dem Modell langer Wellen beschreiben will, dann gab es von den 60er bis Anfang der 80er Jahre eine Periode des theoretischen Optimismus, in der vor allem die Soziologie als Leitwissenschaft fungierte. Egal war dabei, ob man moderate oder radikale Reformen oder gar revolutionäre Veränderungen anstrebte: Gesellschaftliche Zukunft erschien planbar und gestaltbar, politische Bildung stellte ein wesentliches Ferment dieser Prozesse dar

In den 80er Jahren verebbten nicht nur allmählich die sozialen Bewegungen und gelangten mit den Grünen in die Parlamente, es entwickelte sich auch in der Gesellschaft eine fortschrittskritische und zukunfts pessimistische Haltung. Der Super-GAU in Tschernobyl dokumentierte das Versagen bisheriger Industriepolitik. Das Ende des Sowjetkommunismus und seiner verschiedenen Parallelwelten bildete einen weiteren Schritt in der Entzauberung allzu naiver und vereinfacht gestrickter Zukunftsentwürfe und eine Radikalisierung der Problemsichten auf eine Gesellschaft, deren Entwicklung nicht schon durch geschichtsphilosophisch verbrämte Wunschbilder vorbestimmt sein

kann, sondern von Ungewissheit und Kontingenz geprägt ist.⁶

Eine besonders wichtige Station im Paradigmenwechsel der Weltsicht verkörperte Mitte der 80er Jahre der Historikerstreit, der in seiner Quintessenz nicht nur eine deutsche Angelegenheit ist. Mit dem Bewusstsein vom beispiellosen Mord an den Juden Europas wurde zugleich offenbar, wie dünn die zivilisatorische Schicht der Moderne ist, und dass demokratische Gesellschaften nicht nur gewinnen, sondern auch wieder verlieren können. Das Nachdenken über Utopien wurde abgelöst vom Philosophieren über das Böse. In der politischen Bildung ist es seit Mitte der 80er Jahre zu einem anwachsenden Angebot historisch-politischer Bildung gekommen. Genährt wurde der neue historische Skeptizismus und Realismus auch durch die Impulse der mittelosteuropäischen Revolutionen 1989 bis 1992 und die Erfahrungen des Völkermordes in den postjugoslawischen Staaten oder Ruanda.



Quelle: Wikipedia/Foto: Fanny Schertzer

Schädel von Opfern des Völkermordes in der Gedenkstätte von Nyamata, Ruanda

Gleichwohl bleiben die intellektuellen Rückschlüsse – auch im Subbereich der politischen Bildung – kontrovers: So werden die Theorien der Postmoderne, welche Abschied nehmen von den „großen Erzählungen“, und die konstruktivistischen Ansätze, die mal radikaler mal moderater die subjektive Seite des Lernens betonen, manchmal allzu pauschal als gedanklicher Auswuchs oder willfährige Begleiter wirtschafts- oder neoliberaler Politikansätze angesehen und nicht als berechtigter Ausdruck eines Zweifels an den großen Meistererzählungen.⁷

6 Aus erziehungswissenschaftlicher Sicht dazu instruktiv: *Werner Helsper/Reinhard Hörster/Jochen Kade: Ungewissheit. Pädagogische Felder im Modernisierungsprozess, Weilerswist 2003*

7 Als Meistererzählungen werden von den Historikern die umfassenden, erkenntnisleitenden Großtheorien seit einiger Zeit apostrophiert. Siehe dazu auch: *Konrad Jarausch/Martin Sabrow: Die historische Meistererzählung. Deutungslinien der deutschen Nationalgeschichte nach 1945, Göttingen 2002*

Der politische und gesellschaftliche Vorwärtsdrang ist der politischen Bildung in den letzten 20 Jahren ein bisschen abhanden gekommen

Der politische und gesellschaftliche Vorwärtsdrang ist aber der politischen Bildung in der Tat in den letzten 20 Jahren ein bisschen abhanden gekommen. Eine antiafirmative kritische Perspektive, wie sie von verschiedenen Seiten eingefordert wird, kann sich gleichwohl zurzeit auf keine mächtigen „neuen sozialen Bewegungen“ berufen. Man kann sie auch in unseren Kreisen nicht initiieren, denn politische Bildung ist keine Ersatzpolitik. Ebenso sollte sich eine kritische politische Bildung davor hüten, neue Meistererzählungen anzuregen und zu stützen.

Es bleibt also ein für die außerschulische politische Bildung konstitutives und nicht auflösbares Spannungsverhältnis zwischen Aktions- und Bewegungsorientierung einerseits und Institutionalisierung und Professionalisierung (hinter denen auch eine öffentliche Förderung mit Auflagen steht) andererseits, das immer neu austariert werden muss.

Back to the Roots?

Nicht zufällig orientieren etliche theoretische Ansätze politischer Bildung – zum Teil schon vorher, aber spätestens seit 1989 – auf einen weiten Begriff von Politik und betonen die grundsätzliche Bedeutung von Demokratie und Öffentlichkeit, von republikanischen Tugenden und politischen Subjekten. Politische Bildung kann meiner Meinung nach ihre Legitimationsbasis eher festigen bzw. nachhaltiger machen, wenn sie in ihren Begründungsversuchen gegenüber konkreten Politikprojekten und dem Verlangen nach aktuellen Lösungen von gesellschaftlichen Problemen eher auf vorsichtige Distanz geht.

Die Aneignung von Bürgertugenden ist Voraussetzung politischer Partizipation, und damit wird sowohl der Unterschied zum klassischen Untertanen als auch dem vornehmlich seine Interessen und Zwecke verfolgenden Wirtschaftsbürger beschrieben

Ein solches Herangehen, das heißt die Rückbesinnung auf die Grundlagen funktionierender Demokratie, findet sich auch in vielen Überlegungen und Vorschlägen der letzten Jahre wieder.

1993 räsonierte *Herfried Münkler* in seiner Berliner Antrittsvorlesung über die sozial-moralischen Voraussetzungen des Funktionierens westlich-liberaler Demokratien und der Zivilgesellschaft und plädierte für eine Rehabilitierung des Tugendbe-

griffs.⁸ Die Aneignung von Bürgertugenden ist Voraussetzung politischer Partizipation, und damit wird sowohl der Unterschied zum klassischen Untertanen als auch dem vornehmlich seine Interessen und Zwecke verfolgenden Wirtschaftsbürger beschrieben. Die klassische liberale Theorie ignoriert die nötige sozialmoralische Fundierung der Demokratie und die zivilgesellschaftlichen Sphären, in der sich Bürger/-innen assoziieren, austauschen und Orientierungen entwickeln.

Auch *Oskar Negt* wird nicht müde, darauf hinzuweisen, dass die Demokratie von Voraussetzungen lebt, die der Staat nicht umstandslos herstellen oder gar garantieren kann: „Demokratie muss gelernt werden“.⁹ *Negt* verweist ebenfalls auf Tugenden als wichtige Ressource für die Fähigkeit der Selbstregierung und weiteren Demokratisierung der Gesellschaft. Er hat seine Sichtweisen und Begründungen der politischen Bildung in einem gerade erschienenen Werk noch einmal zusammengefasst, das um die Frage kreist: Wie entsteht politisches Urteilsvermögen?¹⁰ „Die Entwicklung von Urteilsfähigkeit ist ... das Zentrum politischer Bildung“¹¹ konstatiert *Negt* und rekurriert in seinen Beweisführungen nicht nur auf *Hannah Arendt*, sondern auch auf die griechische Demokratie und Philosophie. Die klassischen Begründungsmuster und Legitimationsfiguren erfahren also schon länger eine neue Anerkennung, und das entspricht folgerichtig dem Abschied von der Geschichtsphilosophie und der Entzauberung der großen alternativen Gesellschaftsentwürfe.

Natürlich ist eine den Menschenrechten verpflichtete und anerkenntnis- und subjekttheoretisch fundierte politische Jugend- und Erwachsenenbildung hier wunderbar anschlussfähig. Und doch gibt es auch Hinweise, dass eine solche, das Subjekt und seine zur demokratischen Mitwirkung befähigende Ausstattung betonende Begründung und Zentrierung der politischen Bildung ins Zwielficht geraten und problematische Ambiguitäten entfalten kann. Die Subjektivität und die ihr zugehörigen Tugenddiskurse geraten zum Vexierbild.

Dies geschieht z. B. dann, wenn die Freiwilligkeit politischen Lernens zur öffentlichen Pflicht wird und der „aktivierende Sozialstaat“ den Einzelnen nicht nur zu unablässiger Arbeit an sich selbst an-

hält, sondern auch das öffentliche Engagement herangezogen wird, um die Beschäftigungsfähigkeit und permanente Selbstmobilisierung zu dokumentieren, wie es z. B. beim Profilpass und ähnlichen Kompetenz-Portfolios geschieht.¹² Hier liegt eine „Vereinnahmung“¹³ vor, eine Funktionalisierung und Unterwerfung demokratischer Tugenden und politischer Urteilskraft: aus der politischen Passion wird eine soziale Pflicht.



Kompetenznachweis im Profilpass

Die Vertreter kritischer Bildungstheorie sehen darüber hinaus gerade in der Ubiquität des Kompetenzbegriffs in den politischen Manifestationen und bildungspolitischen Diskussionen eine Anpassung an den neoliberalen Mainstream. So stellt *Thomas Höhne* fest: „Der Kompetenzdiskurs rationalisiert und legitimiert dabei entsprechende neoliberale Subjektvorstellungen und begründet die permanente Selbstrationalisierung des Individuums, mit

8 <http://edoc.hu-berlin.de/humboldt-vl/muenkler-herfried/PDF/Muenkler.pdf>

9 So äußerte er sich jüngst noch in einem Spiegel-Interview, in: *Der Spiegel* 32/2010, S. 98.

10 *Oskar Negt: Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform*, Göttingen 2010.

11 ebenda, S. 32.

12 Zur Kritik siehe *Paul Ciupke: Kompetenzbeichten: Profilpass, Talentkompass, Kompetenzbilanz und Co. Eine etwas provokative Betrachtung*, in: *außerschulische bildung* 2/2007.

13 Siehe zu diesem Begriff auch den Band von *Carsten Bünger u. a. (Hrsg.): Bildung in der Kontrollgesellschaft. Analyse und Kritik pädagogischer Vereinnahmungen*, Paderborn u. a. 2009.

den ‚Irrationalitäten‘ und Kontingenzen der ‚Markt-Gesellschaft‘ umzugehen.“¹⁴

Zwar nervt die andauernde Fixierung auf den Neoliberalismus als Dauerschurken manchmal wie eine ständig laufende Schallplatte, aber ebenso ist der

Der in der politischen Bildung grassierende „Kompetenzidealismus“ ist Ausdruck einer theoretischen und politischen Selbstvergessenheit

inzwischen auch in der politischen Bildung grassierende „Kompetenzidealismus“¹⁵ Ausdruck einer theoretischen und politischen Selbstvergessenheit. Es scheint so, als glaube man eine Art Weltformel der Weiter-

bildung gefunden zu haben, die deshalb alle Vorzüge besitzt, weil sie ökonomisch, weiterbildungspolitisch, empirisch, medienwissenschaftlich, konstruktivistisch, wissens-, subjekt- oder bildungstheoretisch (mit durchaus unterschiedlichem Vorverständnis) ausgedeutet werden kann. Alle Akteure des Feldes können ihre Interessen und Selbstverständnisse auf diesen Begriff projizieren und sich damit am politischen Spiel um Einfluss und Legitimation – oder, wenn man es kritisch sieht, der Selbstabschaffung – beteiligen.

Besonders deutlich wird das bei den aktuellen Versuchen, auch die politische Jugend- und Erwachsenenbildung bei der Gestaltung eines Europäischen und eines Deutschen Qualifikationsrahmens einzubringen. Hierbei geht es nicht nur um den Versuch, die Anerkennung im Gesamtsystem der Weiterbildung zu erlangen, vielmehr muss politische Bildung kommensurabel gemacht werden in Bezug auf Fertigkeiten und Kompetenzstufen, die ihren Ursprung aus der beruflichen Bildung nicht verleugnen können. Veranstaltungen müssen diesen Kompetenzstufen zugeordnet und für einen berechtigten, also begrenzten Personenkreis ausgeschrieben werden. Das ist die Zerstörung des Prinzips der Öffentlichkeit und der Allgemein zugänglichkeit. Idealtypisch gesehen – natürlich weiß man, dass die

Kommunikative kritische Öffentlichkeit wird abgelöst durch ein Zertifikatssystem

Wirklichkeit dem nicht immer entspricht – versammeln sich in Veranstaltungen der politischen Bildung Personen

unterschiedlicher sozialer Milieus und divergenter politischer Positionen, um die Zukunftsprobleme des Gemeinwesens zu diskutieren und sich individuell Wissen und Orientierungen zu erarbeiten. Dieses Leitbild der diskutierenden Arena, die, wie Jürgen Habermas es ausdrückte, die Politik auch kommunikativ belagert und unter Druck setzt, ist mehr als gefährdet. Kommunikative kritische Öffentlichkeit wird abgelöst durch ein Zertifikatssystem.¹⁶ Die außerschulische Bildung, die immer anders sein wollte und sich in ihren Gründerjahren bewusst von den Strukturmustern der Schule abwandte, deren Gründungsimpetus gerade in dem Bestreben der Entschulung bestand, verwandelt sich immer mehr dem „normalen“ Erziehungs- und Bildungssystem an, dessen Funktion letztlich die der sozialen Selektion und Statuszuweisung durch Titel und Zugangsberechtigungen ist. Die Aufgabe, eigene kleine Öffentlichkeiten oder – wie es früher auch hieß – Gegenöffentlichkeiten, kritische Foren im Sinne des klassischen Demokratieverständnisses zu bilden, verblasst vor diesem Hintergrund schrittweise und damit auch ein bescheidener, aber wichtiger Anspruch.

Die Akteure der außerschulischen politischen Bildung heute bewegen sich mindestens zwischen sechs relevanten Einflussfaktoren: nämlich denen der gesellschaftlichen Entwicklung, den Entscheidungen der Politik, ihrer Administration, der Wissenschaft in ihren vielfältigen Ausdifferenzierungen, der Profession und der Teilnehmerschaft. Das größte Gewicht scheinen mir dabei oft die Politik und ihre Administration zu haben.

Aber wer reflektiert eigentlich diesen Prozess, in dem sich schleichend Gewichtungen verschoben haben? Sollte es eine neue Metatheorie geben, die alles neu zusammen denkt?

Strahlkraft und Leitfähigkeit der Theorien scheinen unter wachsender Schwindsucht zu leiden

Theorien sollen anleiten und orientieren, die Praxis durchschauen und strukturieren helfen und manches mehr. Aber die Strahlkraft und Leitfähigkeit der Theorien schei-

nen unter wachsender Schwindsucht zu leiden. Sie wirken mitunter wie die Sterne, die man noch am Himmel sieht, obwohl sie schon längst zerfallen sind. Theorien als Orientierungssysteme werden im Alltagsgeschäft der außerschulischen politischen Bil-

14 Thomas Höhne: Der Leitbegriff ‚Kompetenz‘ als Mantra neoliberaler Bildungsreformer. Zur Kritik seiner semantischen Weitläufigkeit und inhaltlichen Kurzatmigkeit, in: Pongratz, Ludwig A./Reichenbach, Roland/Wimmer, Michael (Hrsg.): Bildung – Wissen – Kompetenz, Bielefeld 2007, S. 31.

15 Roland Reichenbach: Soft skills: destruktive Potenziale des Kompetenzdenkens, in: Pongratz, Ludwig A./Reichenbach, Roland/Wimmer, Michael (Hrsg.): Bildung – Wissen – Kompetenz, Bielefeld 2007, S. 75.

16 In diese Richtung geht zum Beispiel das Xenos-Projekt: „DemoCredit“ der Akademie Führung & Kompetenz am Centrum für angewandte Politikforschung (C-A-P) an der LMU in München, vgl. <http://www.cap-lmu.de/akademie/projekte/xenos.php>.

derung zerrieben, denn in den Einrichtungen verteidigen die hauptberuflichen Mitarbeiter nicht nur ihre Professionalität, sondern auch täglich ihren Arbeitsplatz. Und ihre öffentlichen Selbstbegründungen und Leitbegriffe werden heute oft allein für diesen Zweck kommuniziert. Vielleicht sollten wir nicht so sehr auf neue „Leitsterne“ hoffen, sondern zur Überwindung der Stagnation über neue Koalitionen im gerade genannten Sechseck der Interessenten an politischer Bildung nachdenken.



Dr. Paul Ciupke ist Herausgeber der „Außer-schulischen Bildung“ und arbeitet als Pädagogischer Mitarbeiter beim Bildungswerk der Humanistischen Union NRW. e. V. Adresse: Kronprinzenstraße 15, 45128 Essen.

E-Mail: paul.ciupke@hu-bildungswerk.de